

Vergleich der Kernforderungen des Deutschen Naturschutzing (DNR) zur Bundestagswahl 2021 mit dem Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Wahlforderungen DNR DNR DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

Klima

Klimaziel

Eine deutliche Anhebung des deutschen Klimaziels auf mindestens minus 70 Prozent bis 2030 und der Sektorziele des Klimaschutzgesetzes.

CO₂-Preis

Eine verursachergerechtere und deutliche Anhebung der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Gebäude und Verkehr mit einem kontinuierlichen Preisanstiegspfad bei gleichzeitig verbesserter Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen.

Energie

Kohle

Konsequente Maßnahmen für einen Kohleausstieg bis 2030 ohne weitere Zahlungen an Kohlebetreiber.

Einen sofortigen Stopp der Ausbaupläne des Tagebaus Garzweiler II für den Klimaschutz und den Erhalt der weiterhin bedrohten Dörfer. Dafür ist auch die Streichung der „energie-wirtschaftlichen Notwendigkeit“ aus dem Kohleausstiegsgesetz notwendig.

Wahlprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klima

Klimaziel

„Wir werden das noch immer ungenügende Klimaschutzgesetz generationen- und budgetgerecht nachschärfen, jahres- und sektorenscharf ausbuchstabieren, die Rolle des Expertenrates für Klimafragen stärken und das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens minus 70 Prozent anheben.“

CO₂-Preis

„Wir wollen die Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO₂-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erreichung des neuen Klimaziels 2030 absichert. Die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis geben wir als Energiegeld pro Kopf an die Menschen zurück.“

„Erste Wind- und große Solaranlagen benötigen bereits heute keine EEG-Zahlungen mehr, und der Trend zu langfristigen Lieferverträgen zwischen Ökostromerzeugern und Verbraucher*innen unterstützt diese Entwicklung. Ebenso sollen Endkund*innen den Strom künftig besser direkt von Ökostromerzeugern kaufen können. Das EEG entwickeln wir so von einem Förder- zu einem Absicherungsinstrument des Erneuerbaren-Ausbaus weiter. Die EEG-Umlage wird damit langfristig automatisch auslaufen.“

Energie

Kohle

„Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden.“

„Niemand soll mehr für einen Tagebau sein Zuhause verlassen müssen. Den durch den Braunkohletagebau Garzweiler von Enteignung und Vertreibung bedrohten Menschen muss das Land Nordrhein-Westfalen endlich Planungs- und Rechtssicherheit für Erhalt und Zukunft ihrer Dörfer geben.“

Erneuerbare

Bis 2035 muss der Strombedarf vollständig von erneuerbaren Energien gedeckt sein. Bis 2030 erfordert dies einen jährlichen Ausbau der Erneuerbaren von mindestens 10 GW Photovoltaik und 7GW Windenergie an Land.

Eine verbindliche Bund-Länder-Koordination mit klaren Flächenzuweisungen für den naturverträglichen Ausbau der Windenergie an Land, zum Beispiel mit einem Wind-an-Land-Gesetz.

Energieeffizienz

Die Anhebung und gesetzliche Verankerung des Energiesparziels auf mindestens 40 Prozent bis 2030, sowie verbindliche, sektorspezifische Primär- und Endenergiesparziele.

Erdgas

Konsequente Schritte zu einem Ausstieg aus der Nutzung von Erdöl und Erdgas, d. h. klare Beschlüsse gegen neue Gasinfrastrukturen und die Abschaffung jeglicher Förderung, die einen fossilen Lockin verursachen. Es braucht einen Fahrplan zum Ausstieg aus Erdgas bis spätestens 2040.

Wasserstoff

Den Ausschluss von Wasserstoff als lebenserhaltende Maßnahme für Verbrenner-Pkw und Gas-Heizungen im Gebäudebereich.

Erneuerbare

„Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen.“

„Unser Ziel ist ab sofort ein jährlicher Zubau von mindestens 5 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035. Im Bereich Solarenergie werden wir den Ausbau von beginnend 10 bis 12 GW auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern ab Mitte der 20er.“

„Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und Artenschutz zu minimieren, Anwohner*innen zu schützen und die Verfahren zur Genehmigung, auch durch den Abbau bürokratischer Hürden und klare Rahmenbedingungen, zu beschleunigen. In einem ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. Alle Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten. Verhinderungsplanungen lehnen wir ab. Exzessive, pauschale Mindestabstände zu Siedlungen leisten keinen Beitrag zur Akzeptanzsteigerung.“

Energieeffizienz

„Unser Ziel sind Gebäude, die gut gedämmt sind, verbrauchsarme Autos, auch wenn sie elektrisch betrieben werden, effiziente Gewerbe- und Industrieprozesse sowie Weitergabe und Nutzung von Abwärme. Dafür machen wir klare ordnungsrechtliche Vorgaben.“

Erdgas

„Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen, darf es deshalb überhaupt nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden. Wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, dass neue Betriebsgenehmigungen zeitlich befristet erteilt werden und den Wechsel von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern enthalten. Denn auch Erdgas ist ein klimaschädlicher Brennstoff, sein Gebrauch muss immer weiter abnehmen.“

Wasserstoff

„Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe dürfen nicht Teil einer Verzögerungstaktik sein, sondern sollen aktiv zu Klimaneutralität beitragen. Die direkte Nutzung von Strom über Batterien oder Wärmepumpen ist in der Regel viel effizienter. Es gilt daher, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe gerade dort zum Einsatz zu bringen, wo sie wirklich gebraucht werden: etwa in der Industrie, in der Schifffahrt oder beim Flugverkehr.“

Mobilität

Pkw

Ein festes Datum für das Ende der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren bei Pkw. Unser Vorschlag ist ein Ende vor 2030.

Ein Moratorium für den Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen.

Die Unterstützung der Umsetzung ambitionierter CO₂-Grenzwerte für Pkw und Nutzfahrzeuge in der Europäischen Union.

Einen grundlegenden Umbau des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) zu einem integrierten Mobilitätsplan auf Basis eines Bundesmobilitätsgesetzes.

Schiene, ÖPNV & Radverkehr

Die Mittel werden stattdessen dringend benötigt, um in Stadt und Land die Schieneninfrastruktur, den ÖPNV in Gänze und den Radverkehr zu fördern.

Güterverkehr

Die konsequente Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Schiff.

Mobilität

Pkw

„Der Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zulassen.“

„Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir zudem nutzen, um alle nicht im Bau befindlichen Abschnitte sowie besonders umweltschädliche Straßenneubau- und Straßenausbauprojekte einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen und sie dadurch deutlich zu reduzieren. Bis zum Abschluss der Überprüfung dürfen bei diesen Projekten keine irreversiblen Fakten geschaffen werden.“

„Ab 2030 dürfen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden; den Weg dorthin bereiten europäische CO₂-Flottengrenzwerte und eine ansteigende nationale Quote, die sich am 1,5-Grad-Pfad orientieren.“

„Zusammen mit ambitionierten CO₂-Flottengrenzwerten und Quoten, der Förderung klimafreundlicher Antriebe und dem schnellen Aufbau der entsprechenden Infrastrukturen werden auch Lkw absehbar lokal emissionsfrei.“

„Deutschland hat keinen Mangel an Straßen, erst recht keinen an Autobahnen. Wir wollen deshalb den Bundesverkehrswegeplan schnellstmöglich durch einen neuen Bundesnetzplan ersetzen, der die Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den Erfordernissen der Mobilitätswende ausrichtet und die bis 2030 vorgesehenen Neu- und Ausbauten von Autobahnen und Bundesfernstraßen deutlich reduziert.“

Schiene, ÖPNV & Radverkehr

„Die Mittel für den Straßenneu- und Ausbau werden wir deshalb weitgehend umschichten – zugunsten der Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schienen- und Radwegeinfrastruktur.“

„Wir wollen 100 Milliarden Euro, verteilt auf die Jahre bis 2035, zusätzlich in Schienennetz und Bahnhöfe investieren [...]“

„Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln.“

„Die Anzahl der Wege mit Rad und zu Fuß soll bis 2030 verdoppelt werden. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Pro-Kopf-Investitionen gemeinsam mit Ländern und Kommunen deutlich erhöhen.“

Güterverkehr

„Wir setzen auf starke Verlagerungen von Straßen- und Flugverkehr auf die Schiene.“

Flugverkehr

Ein Moratorium für den Ausbau von Flughäfen und die Streichung aller öffentlicher Mittel für die meist defizitären Regionalflughäfen.

Gebäude/Wärme

Klimaneutrale Gebäude

Die Verabschiedung eines Maßnahmenpakets für einen klimaneutralen öffentlichen Gebäudebestand durch ökologische Dämm- und Baustoffe bis 2030 und ein großes Förderprogramm für Wärmepumpen. Die Nutzung von Biomasse als Brennstoff muss dabei eng begrenzt werden.

Öl- und Gasheizungen

Den sofortigen Förderstopp von Öl- und Gasheizungen, ein Verbot für neue Ölheizungen und das Verbot reiner Gasheizungen ab 2025.

Nachhaltige Wirtschaft & Finanzen

Öffentliche Beschaffung

Den Umbau des öffentlichen Beschaffungswesens zum Vorreiter bei der Verwendung emissionsarmer und ressourcenschonender, bevorzugt regional und ökologisch erzeugter Produkte und Rohstoffe.

Subventionen

Die Abschaffung der oft seit Jahrzehnten etablierten klima- und umweltschädlichen Subventionen.

Sustainable Finance

Die Stärkung des Sustainable Finance-Standorts Deutschland durch Richtlinienentwicklung für nachhaltige Finanzierung in Bezug auf Menschenrechte und Biodiversität.

Flugverkehr

„Einen weiteren Ausbau der Flughafeninfrastruktur lehnen wir ab.“

„Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen und fortlaufende Finanzhilfen für Flughäfen zu beenden.“

Gebäude/Wärme

Klimaneutrale Gebäude

„Die Sanierungsquote muss sehr schnell verdoppelt und weiter gesteigert werden. Der Einsatz von serieller Sanierung kann hier ein Weg sein. Die öffentliche Hand muss mit ihren Gebäuden als Vorbild vorangehen.“

Öl- und Gasheizungen

„Wenn im Gebäudebestand ein Heizungsaustausch ansteht oder umfassend saniert wird, aber auch im Neubau, sollen, wo möglich, ausschließlich erneuerbare Wärmequellen zum Einsatz kommen.“

Nachhaltige Wirtschaft & Finanzen

Öffentliche Beschaffung

„Die öffentliche Beschaffung richten wir konsequent auf die ressourcenschonendsten und sozial verträglichsten Produkte und Dienstleistungen aus.“

Subventionen

„Immer noch subventionieren die öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro klimaschädliches Verhalten. Wir werden diese Subventionen schrittweise abbauen und den Bundeshaushalt klimagerecht machen.“

Sustainable Finance

„Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine Nachhaltigkeitsbewertung haben, die für alle Anleger*innen transparent ist. Dabei sind neben den Klimazielen auch andere Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und Entwicklungsziele zu berücksichtigen. Dafür braucht die BaFin eine robuste ESG-Aufsichtskompetenz gemäß der Sustainable Finance Regulierung. Auch in der Anlageberatung muss diese Bewertung einfließen.“

EU-Klimapolitik

Klimaziel

Eine ambitionierte Positionierung Deutschlands zu den EU-Gesetzgebungsprozessen zur Umsetzung und Stärkung des neuen EU-Klimaziels.

ETS

Eine wirksamere CO₂-Bepreisung im europäischen Emissionshandel durch Ausrichtung der Menge der Verschmutzungserlaubnisse (Cap) am Pariser Klimaabkommen, ein Ende der kostenlosen Zuteilung von Verschmutzungserlaubnissen, die Anhebung des linearen Reduktionsfaktors und der Weiterentwicklung der Marktstabilitätsreserve, abgesichert durch einen kontinuierlich ansteigenden Mindestpreis von anfangs 35 Euro pro Tonne CO₂.

Energiesteuerrichtlinie

Eine klimaorientierte Reform der EU-Energiesteuerrichtlinie.

International

Handelspolitik

Eine Neuausrichtung der Handelspolitik am 1,5°C-Limit, dem Erhalt der Biodiversität und an den Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs).

Klimaaußenpolitik

Eine finanzielle und personelle Stärkung und strategische Weiterentwicklung der deutschen und EU-Klimaaußenpolitik an der für 1,5 Grad erforderlichen globalen Transformation, insbesondere durch 1,5-Grad-Partnerschaften mit anderen Ländern. Dazu bedarf es einer Steigerung der deutschen internationalen Klimafinanzierung auf 10 Milliarden Euro jährlich bis 2025.

EU-Klimapolitik

Klimaziel

„Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um die Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine gestärkte Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer dekarbonisierten europäischen Wirtschaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein.“

ETS

„Das EU-Emissionshandelssystem (ETS) ist im Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu reformieren, um seine Lenkungswirkung endlich voll und ganz zu erfüllen. Mit einer deutlichen Reduktion von Emissionszertifikaten und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen wir einen CO₂-Preis im Bereich Strom, Industrie und europäischem Luftverkehr, der dafür sorgt, dass erneuerbare Energien statt Kohle und Kerosin zum Einsatz kommen, die Industrie Planungssicherheit bekommt und einen Anreiz hat, in Dekarbonisierung und Technologieführerschaft zu investieren.“

Energiesteuerrichtlinie



International

Handelspolitik

„Zugleich setzen wir uns für eine gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem Gebot des internationalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit nachhaltiges und menschen-rechtskonformes Wirtschaften befördert.“

„In der Handelspolitik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen Handelsverträgen rechtsverbindlich und sanktionierbar machen.“

Klimaaußenpolitik

„Wir stärken die personellen und finanziellen Mittel Deutschlands und der EU für Klimaaußenpolitik sowie für globale Klimagerechtigkeit und richten unsere diplomatischen Fähigkeiten gezielt auf eine klimagerechte Politik aus.“

„Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften wollen wir Innovation für Klimaneutralität global vorantreiben, den massiven Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen und

Exportfinanzierung

Einen Ausstieg aus der Förderung fossiler Energieträger durch Entwicklungsfinanzierung, Export- und Investitionsfinanzierung sowie Exportkreditgarantien.

Anpassung stärken, damit die Weltgemeinschaft auf den 1,5-Grad-Pfad kommen kann.“

„Die bestehenden internationalen Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz wollen wir besser ausstatten und setzen uns für einen zusätzlichen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten ein, um daraus zum Beispiel Klimarisikoversicherungen zu finanzieren.“

Exportfinanzierung

„Förderungen fossiler Energieträger in unserer Entwicklungs- und Exportfinanzierung werden wir beenden.“

„Die deutsche Außenwirtschaftsförderung und ihre Instrumente müssen in Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions unterstützen, die beispielsweise Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen. Dazu müssen sie konsequent am 1,5-Grad-Ziel, an der Agenda für nachhaltige Entwicklung und an Menschenrechten ausgerichtet werden.“

Quellen:

Deutscher Naturschutzring:

Die zweitbeste Zeit ist jetzt. Wie die neue Bundesregierung die Klima- & Biodiversitätskrise stoppen muss. Kernforderungen der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen zur Bundestagswahl 2021. www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2021-DNR_Kernforderungen_zur_Bundestagswahl.pdf

Bündnis 90/Die Grünen:

Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021.

gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf